

Jahreskonferenz 20. Februar 2009
Referat des Vorsitzenden - Rededisposition

Liebe Mitglieder von OWUS, werte Gäste

Vor 15 Monaten fand unsere vorherige Jahreskonferenz statt. Klaus Eichler begann sein Referat u.a. mit den Worten:

„Münzfeeling jubelt über den „goldenen November“. Die Kanzlerin sieht ‚eine sehr erfreuliche Entwicklung‘. „Die ND–Schlagzeilen zu den Berliner und Brandenburger Zahlen lauten – ‚Weniger Arbeitslose, doch die Sorgen bleiben‘ und ‚Mehr Jobs, mehr Zeitarbeit‘.“

Und heute? Die Schlagzeilen sprechen von der tiefsten Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik, weltweit werden Konjunkturpakete geschnürt und Rettungsschirme aufgespannt für notleidende Banken und Großkonzerne. Banken werden verstaatlicht, über Enteignungen wird nachgedacht – vor 15 Monaten wäre diese Forderung noch eine Erwähnung im Bericht des Verfassungsschutzes wert gewesen, heute kommt sie von Regierungsstellen! Neoliberale Wirtschaftswissenschaftler scheuten vor ein paar Monaten noch jegliche staatliche Eingriffe wie der Teufel das Weihwasser – heute wird mit einer Selbstverständlichkeit darüber gesprochen, als ob es die gestrigen Talkshows nie gegeben hätte. Was ist in diesen 15 Monaten passiert?

Das neoliberale Wirtschaftssystem des ungezügelten Kapitalismus hat das System in eine Krise geführt. Die Kritik der Kanzlerin an der Gier der Bankmanager ist scheinheilig – wer hat es denn zugelassen, dass sich das Finanzsystem von der Realwirtschaft entfernt? Wer hat denn die Versprechungen nach 25 und mehr % Rendite der Banken bejubelt? Wer waren denn die Verfechter einer globalisierten Weltwirtschaft ohne adäquate staatliche Kontrollen? Jetzt droht das System zu kollabieren, die Gefahr für das kapitalistische System geht nicht von Montagsdemos protestierender Arbeitnehmer und Arbeitsloser, von insolventen Kleinst- und Kleinunternehmern aus, sondern von den Protagonisten des Systems selbst. Die Rettungsschirme sind somit zu allererst Instrumente, um die eigene Haut zu retten! Und da kommen wir Kleinst- und Kleinunternehmer logischerweise nur am Rande vor. Deshalb ist es erforderlich, dass wir in diesem Jahr, das zugleich Krisen- und Wahljahr ist, unsere Stimme klar und deutlich erheben, um unsere Forderungen an die Politik zu artikulieren. Und wir haben dabei jetzt einen neuen Verbündeten gefunden – er gehörte zwar meines Wissens nicht zum Landesverband Bayern von OWUS, aber er war Kleinstunternehmer wie viele von uns – der neue Bundeswirtschaftsminister. In einer Sternstunde des Bundestages wurde einmal die Frage gestellt – wir hatten als Wirtschaftsminister einen Hausmann, einen Bangemann, einen Möllemann – wann bekommen wir einen Fachmann? Die CSU hat diese Frage jetzt beantwortet – nach einem Müllermeister schickten sie einen Freiherrn mit kleinstunternehmerischer Erfahrung. Das zeigt, wir als Unternehmer von OWUS brauchen unsere Fachkompetenz nicht unter den Scheffel zu stellen, für die CSU sind wir sogar ministrabel!

OWUS ist gemäß seiner Satzung ein offener Wirtschaftsverband, der außerhalb der Strukturen einer Partei wirkt. Die politische Interessenvertretung von OWUS ist bei der Partei DIE LINKE. In dem Hin und Her von Erklärungen, Gesetzesinitiativen, Memoranden und was auch immer uns täglich erreicht, stehen uns die Positionen der Linkspartei am nächsten. Die Losung vergangener Demonstrationen „eine andere Welt ist möglich“ erfährt im Zeichen der Krise hier eine Präzisierung: „eine andere Welt ist nötig“. Das entspricht der Bildung, der Lebenserfahrung und dem subjektiven Wollen der Mehrheit unserer Mitglieder. Deshalb bringen wir uns ein – als Mitglieder, Sympathisanten, Weggefährten. An den Beratungen der wirtschaftspolitischen Sprecher von Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen nehmen Vertreter von OWUS regelmäßig teil und legen, wenn erforderlich, ihre Positionen dar. Die gemeinsame Grundrichtung stimmt, die wirtschaftlichen, finanzpolitischen und sozialpolitischen Aussagen der Partei DIE LINKE finden unsere grundsätzliche Zustimmung. Im Detail haben wir aber durchaus auch abweichende Meinungen und diese werden wir gebetsmühlenartig immer wieder äußern, auch wenn dies einigen Vertretern z.B. in der Bundestagsfraktion nicht in den Kram passt. Ich erinnere da nur an die unsäglichen Diskussionen zu aus unserer Sicht teilweise weltfremden Steuerkonzepten. Danken möchte ich an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit mit der mittelstandspolitischen Sprecherin der Fraktion, Sabine Zimmermann. OWUS arbeitet im neu gebildeten Arbeitskreis Wirtschaft der RLS mit und beteiligte sich auch an Anhörungen der Bundestagsfraktion. Gemeinsam mit Petra Pau und linken Kommunalpolitikern aus Hellersdorf/Marzahn ist OWUS Träger des Unternehmerfrühstücks in Biesdorf, heute früh mit Helmuth Markov, Ende vorigen Jahres mit Gregor Gysi.

Um die Positionen der Unternehmer und Unternehmerinnen noch effektiver in die Diskussionen innerhalb der Partei einbringen zu können, haben wir auf unserer Jahresversammlung 2006 über die Bildung von Arbeitsgemeinschaften Linker Unternehmer diskutiert. Heute können wir feststellen, dass sich ausgehend von unserer Initiative in 7 Bundesländern Landes-Arbeitsgemeinschaften gebildet haben (Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Thüringen). In den nächsten Wochen soll die achte Landes-AG gegründet werden. Damit werden dann auch formal die satzungsgemäßen Voraussetzungen erfüllt, um noch im ersten Halbjahr eine Bundesarbeitsgemeinschaft zu gründen. Renate Vehlou, unsere Geschäftsführerin, koordiniert und organisiert als stellvertretende Sprecherin/Vorsitzende der vorläufigen BAG z. Zt. sehr aktiv diese vorbereitenden Arbeiten. Als Initiatoren und Akteure dieser AG verstehen wir uns nicht als Konkurrenz zu der bestehenden BAG Wirtschaftspolitik, in der auch Mitglieder von OWUS aktiv sind, oder der BAG Betrieb und Gewerkschaften. Wir wollen unsere spezifischen unternehmerischen und damit vor allem auch betriebswirtschaftlich fundierten Erfahrungen und Kenntnisse in die innerparteilichen Diskussionen einbringen. Dies ist kein Ersatz für die Diskussionen in den anderen BAG sondern soll eher als Ergänzung empfunden werden, vielleicht auch als Bereicherung. Die Kombination „Linker Unternehmer“ wird eben doch noch für einige in der Partei als Widerspruch empfunden. Unternehmer = Kapitalist = Ausbeuter – diese Wortfolge unterliegt anscheinend noch nicht überall einer differenzierten Betrachtung. Erinnerung sei nur daran, dass es ohne den Kapitalisten Engels vielleicht nicht den Philosophen Marx gegeben hätte. Am Montag ging eine Forderung von ver.di über den Verteiler der BAG Wirtschaftspolitik: „Statt Schuldenbremse brauchen wir mehr Steuern von Reichen und Unternehmern. Wer die Krise mit zu verantworten hat, soll auch dafür zahlen“. Also sind wir aus der Sicht von ver.di jetzt mit verantwortlich für die Krise? Von der BAG Betrieb und Gewerkschaften liegt seit 2 Wochen der Vorschlag vor, im März mit Vertretern von OWUS (bzw. der AG LiU) ins Gespräch zu kommen. Vielleicht kann man da dann einiges klären.

In den nächsten Wochen und Monaten wird dabei vor allem die Ausarbeitung des Wahlprogramms zur Europa- und zur Bundestagswahl im Mittelpunkt der Debatten stehen. Anschließend steht die Programmdiskussion auf der Tagesordnung. Und wenn diese Programme dann stehen, müssen sie den Wählern nahe gebracht werden. In der Presse wird mitunter darüber philosophiert, warum die LINKE nicht stärker von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise politisch profitiert. Es entsteht der demoskopische Eindruck, dass die Wähler anscheinend der neoliberalen FDP mehr vertrauen als den Konzepten der LINKEN. Bei der Frage nach Wirtschaftskompetenz bleibt die Partei DIE LINKE deutlich hinter den Werten für ihre sozialpolitische Kompetenz zurück. Ist dies nun nur eine Wahrnehmungsfrage, die sich aus der marginalen Medienpräsenz führender linker Wirtschaftspolitiker ergibt? Außer Oskar Lafontaine und Sarah Wagenknecht treten kaum linke Politiker überregional zu wirtschaftlichen Grundsatzfragen auf. Andere Vertreter der Partei, die als Allround-Politiker gelten, äußern sich zwar auch zu Wirtschaftsfragen, aber eben nicht als Wirtschaftsfachleute, sondern als allumfassende Politiker. Ist es also nur eine Wahrnehmungsfrage oder steckt mehr dahinter? Schaut man sich so manche Diskussionspapiere aus den verschiedenen Gremien der Partei an und die Umstände ihres Zustandekommens, kann man vielleicht doch nicht nur die Medien für diese Kompetenzlücke verantwortlich machen. Ich denke da an Zukunftsinvestitionsprogramme, Steuerkonzepte und theoretische Diskussionen um bedingungsloses Grundeinkommen.

Welchen Beitrag kann OWUS und die AG LiU zur Verbesserung dieser Wahrnehmung wirtschaftspolitischer Kompetenz leisten? Ein Beispiel dazu – im Dezember gab es in Berlin einen Unternehmertreff, bei dem die Zusammenarbeit mit einem OWUS-Mitglied auf der Tagesordnung stand - dem „Neuen Deutschland“. Auch hier ging es um wirtschaftspolitische Kompetenz und Inhalte. Es war eine erfrischende und ich glaube für alle Seiten nutzbringende Diskussion. Und wie es so ist, wer kritisiert, muss sich dann gefallen lassen, dass nach eigenen Vorschlägen zur Verbesserung gefragt wird. Auf Vorschlag des ND fand im Januar ein auswertendes Gespräch mit dem Chefredakteur Jürgen Reents, dem Geschäftsführer des Verlages Olaf Koppe sowie Kurt Stenger von der Wirtschaftsredaktion statt. Verkürzt ging es u.a. um die Frage – wie können wirtschaftliche Erfahrungen linker Unternehmer mehr publik gemacht werden. Nicht im Sinne von kostenloser Werbung für OWUS, sondern in Sinne der Herausstellung wirtschaftspraktischer Kompetenz entsprechend unserem Leitmotiv „Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung.“ Und es ging auch darum, wie wir uns gegenseitig in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation unterstützen können. Ein erstes Ergebnis dieser Gespräche war meine Gastkolumne im „Neuen Deutschland“ vom 31. Januar. Es liegt also an uns allen, wie wir uns mit unseren Erfahrungen, unserem Wissen um gesellschaftliche und betriebswirtschaftliche Zusammenhänge in diese Debatte in und um die Partei

DIE LINKE einbringen können. Der Vorstand kann dies anstoßen und organisieren, für die Umsetzung brauchen wir alle unsere über 100 Mitglieder.

Die Frage, ob wir OWUS und eine AG brauchen, die vor 15 Monaten noch mit in der Diskussion war, wird heute nicht mehr so gestellt. Auch bei weitestgehender Identität der Mitgliedschaft haben beide ihre Funktion und ihre Aufgabe in unserer Gesellschaft. OWUS wird als Wirtschaftsverband wahrgenommen, der die Interessen seiner Mitglieder nach außen vertritt, Kontakte organisiert und damit letztendlich mit seinem bescheidenen Beitrag dazu leistet, dass unsere Unternehmen Markt bestehen und überleben. Das hilft den Unternehmen und ihren Familien, aber auch unseren Mitarbeitern. Die AG LiU wirkt in den Strukturen der Partei DIE LINKE, ist also parteipolitisch aufgestellt und wird als Teil der Partei wahrgenommen. Dies sind zwei grundverschiedene Aufgaben, die eine Existenzberechtigung von OWUS und der AG begründen. Nicht jedes Mitglied wird seine Zeit und Kraft gleichwertig auf beide Organisationen verteilen können, dazu sind auch die Interessen jedes Einzelnen von uns zu unterschiedlich. Aus den Reihen von OWUS wurden viele Mitglieder für die AG gewonnen, nun müssen wir aus den Reihen der AG auch neue Mitglieder für OWUS gewinnen.

Welche Forderungen haben wir nun in Anbetracht der Wirtschaftskrise an die Politik? Die Absatzflaute ist inzwischen auch in unseren Betrieben angekommen, auch wenn dies nicht in den Schlagzeilen der Presse steht.

- Zügige Ausreichung der den Kommunen bereitgestellten Investitionsmitteln und Auftragsvergabe, die auch den kleinen Unternehmen vor Ort eine faire Chance bieten; die Diskussionen in Brandenburg zur Kompetenz bei der Vergabe lassen nichts Gutes erwarten;
- Stärkung der Liquidität unserer Unternehmen durch Bankbürgschaften, aber auch Erhöhung der Grenze für die Umsatzbesteuerung nach vereinnahmten Umsätzen (Ist-Besteuerung);
- Abwrackprämien auch für gewerblich genutzte Fahrzeuge, z.B. die Lieferwagen unserer Handwerker, jedoch in Kombination mit betriebswirtschaftlich vertretbaren Finanzierungs- und Abschreibungsmöglichkeiten;
- Einen gesetzlichen Mindestlohn, auch im Interesse unserer Mitarbeiter, verbunden mit flankierenden Maßnahmen, um den Kleinst- und Kleinbetrieben den Übergang überlebensfähig zu gestalten; wir fordern auch soziale Sicherungsmaßnahmen für die Kleinstunternehmer – begleitende Grundsicherung kann nicht die Lösung sein;
- Den ermäßigten Umsatzsteuersatz für arbeitsintensive Handwerkerleistungen; auf europäischer Ebene hat Minister Steinbrück den Weg dazu bereits freigemacht, jetzt kommt es auf die nationale Umsetzung an. Steter Tropfen höhlt den Stein, eine Börsenumsatzsteuer soll plötzlich in das Wahlprogramm auch der SPD, warum nicht auch der ermäßigte Umsatzsteuersatz? Die verbannte Pendlerpauschale wurde gerade erst als konjunkturförderndes Instrument entdeckt.

An weiteren Ideen mangelt es uns nicht. Die Kanzlerin rief die Bildungsrepublik aus, mit dem Konjunkturprogramm soll aber im Bereich der Bildung offensichtlich vorrangig in Beton investiert werden. Unsere Unternehmen haben sicherlich nicht die Kraft, im Bereich der frühkindlichen Erziehung die neue Erfindung der Betriebskindergärten zu finanzieren. Aber viele von uns haben in den letzten Jahren Lehrlinge ausgebildet, z.B. bei unserem Reisebüro tuk international – u. a. damit TUI dann die Fachkräfte einstellen kann. Warum müssen diese kleinen Ausbildungsbetriebe z.B. die Kosten für die Ausbildungsvergütungen und die Prüfung tragen? Die Großkonzerne haben der rot-grünen Bundesregierung die bereits beschlossene Ausbildungsplatzabgabe durch einen pompösen Nationalen Ausbildungspakt wieder abgerungen, hat sich deshalb die Ausbildung verbessert? Es ist natürlich preiswerter und einfacher, nach ausgebildeten Fachkräften zu rufen und dabei auf in Kleinunternehmer ausgebildete Arbeitnehmer oder eine gesteuerte Zuwanderung aus dem Ausland zu schießen, als selber auszubilden. Auch das ist eine pervertierte Form der Globalisierung – die einen bezahlen die Ausbildung ihrer Bevölkerung und die anderen ziehen daraus den Nutzen. Deshalb unsere Forderung – unterstützt die kleinen Betriebe bei der Ausbildung künftiger Facharbeiter, lasst sie nicht allein im Regen stehen. Auch dafür dürfte sich doch in unserem regenreichen Land noch ein Schirmchen finden.

In mancher Tageszeitung kann man lesen – die Unternehmerverbände lehnen den gesetzlichen Mindestlohn ab. Das veranlasste mich bereits im vorigen Jahr zu einem richtig stellenden Leserbrief an das „Neue Deutschland“. Die Partei DIE LINKE fordert bereits seit langem einen gesetzlichen Mindestlohn, inzwischen ja auch die SPD. Als OWUS haben wir uns klar dazu bekannt – auch wir sind für diesen gesetzlichen Mindestlohn. Bei den Forderungen der Gewerkschaften und auch der Partei

DIE LINKE ist dann nach „Mindestlohn ja“ meistens Schluss, evtl. streitet man sich noch über die Höhe, ob dies dann brutto oder netto gemeint ist. Wir sagen ja und ergänzen dann, vergesst dabei nicht die kleinsten und kleinen Unternehmen. In manchen Branchen kann dies nicht so ohne weiteres über steigende Erlöse oder vorhandene finanzielle Reserven abgefangen werden. Welche flankierenden Maßnahmen müssen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes begleiten, damit die teilweise selbst in prekären Einkommensverhältnissen lebenden Unternehmer überleben? Wir haben auch Fragen zur Ausgestaltung des Mindestlohnes - soll der Jungfacharbeiter mindestens genau so viel bekommen wie der Mitarbeiter mit mehrjähriger Berufserfahrung? Wie ist der derzeitige Flickenteppich zu erklären, dass in einer Branche ein ungelernter Arbeiter so viel bekommt wie in einer anderen Branche der Facharbeiter? Und im 20. Jahr des Falls der Mauer, der als nationales Fest zelebriert wird, sind wir strikt gegen unterschiedliche Löhne in Ost und West. Wären niedrigere Ostlöhne ein Standortvorteil, hätten wir blühende Landschaften nicht nur bei der Bundesgartenschau.

Liebe Freunde,

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Vorstandes von OWUS war die internationale Arbeit. Dies wird auch in den nächsten Monaten so sein. 2007 berichteten wir auf unserer Jahresversammlung von den Gesprächen mit einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation aus Venezuela. Große kommerzielle Erwartungen wurden an die Fortsetzung dieser Gespräche gesetzt. Wurde die Entwicklung in Lateinamerika schon vorher mit Sympathie verfolgt, erhielt dies plötzlich für uns einen völlig neuen Stellenwert. Es ergab sich die Möglichkeit, unseren Unternehmen neue Wirtschaftskontakte zum gegenseitigen Vorteil erschließen. Heute müssen wir leider ernüchtert feststellen, dass unsere Pläne mit Venezuela zum gegenwärtigen Zeitpunkt als gescheitert betrachtet werden müssen. Die venezolanische Staatsspitze verband offensichtlich vorrangig politische Ziele mit dieser Zusammenarbeit. Ein angestrebtes Rahmenabkommen zwischen der Bolivarischen Republik Venezuela und dem Land Berlin war in Deutschland politisch nicht durchsetzbar. Daraufhin brach die venezolanische Seite alle Gespräche mit dem Vorstand von OWUS ab und ignorierte bis heute alle unsere Vorschläge. Eine Delegationsreise von OWUS unter meiner Leitung wurde im Sommer vorigen Jahres verabredet und dann wurden vor Ort von der Partnerseite jegliche Gespräche verweigert. Im Rahmen unserer Möglichkeiten werden wir jedoch versuchen, den Gesprächsfaden wieder aufzunehmen.

Im Ergebnis eines Treffens von Hans Modrow mit dem Außenminister der Republik Bolivien wurde an den Vorstand von OWUS die Bitte herangetragen, Vorschläge für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zu unterbreiten. Mit Hilfe des Bereiches Internationale Politik des Parteivorstandes wurde der Kontakt hergestellt. Besonders der Botschafter Boliviens spielt hierbei eine aktive Rolle. Seine Forderung, die Linken sollten nicht nur theoretisch über die Unterstützung für die Entwicklung Lateinamerikas reden, sondern konkrete Projekte - auch auf kommerzieller Grundlage – realisieren, fiel bei OWUS auf fruchtbaren Boden. Gemeinsam mit SODI international e.V., der aus dem Solidaritätskomitee der DDR hervorgegangen ist, bereiten wir z.Zt. konkrete kommerzielle Verhandlungen vor. Eine Delegation von SODI untersuchte Anfang des Jahres auch in unserem Auftrag die Möglichkeiten vor Ort und führte zahlreiche Gespräche auf lokaler, regionaler sowie auf Regierungsebene. Unser Vorschlag ist, auf der finanziellen Basis einer Bartervereinbarung mit der bolivianischen Seite Projekte in der Landwirtschaft, beim Ausbau der Infrastruktur, im Gesundheitswesen aber auch in der Erdöl- und Erdgaswirtschaft zu realisieren. Ein Schwerpunkt könnte dabei die Kombination von Ausrüstungslieferungen und Berufsausbildung, z.B. in von uns gelieferten Werkstätten sein. Die Gespräche von SODI haben aber auch die Widersprüchlichkeit der politischen Entwicklung in Bolivien gezeigt – linksorientierte, teilweise auch nationalistische Persönlichkeiten an der Spitze, dazu der alte Beamtenapparat und die unerbittliche Opposition in den reichen Landesteilen. Es wird nicht leicht sein, zu kommerziellen Vereinbarungen zu kommen, aber der gemeinsame Wille ist vorhanden.

Im Rahmen des Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsvereins gibt es Kontakte zwischen OWUS-Unternehmen und Partnern in der Ukraine.

Beim Ausbau der kommerziellen Kontakte von OWUS-Unternehmen zu ausländischen Partnern hatten wir auch eine grundsätzliche Diskussion mit dem Internationalen Bereich des Parteivorstandes. Delegationen anderer Parteien, auch parlamentarische Delegationen, verbinden ihre Reisen häufig mit der Wahrnehmung auch wirtschaftlicher Interessen ihres Klientels, sei es parteipolitischer oder regionaler Art. Warum reisen Delegationen der Partei DIE LINKE – egal ob von Vorständen oder von Fraktionen - in der Welt umher ohne Vertreter der Wirtschaft in die Vorbereitung oder Durchführung einzubeziehen? Gerade bei Venezuela haben wir das erlebt. Wir bemühen uns um Kontakte und

Abgeordnete der Bundestagsfraktion fliegen nach Caracas zum Studium der Revolution. Ist dies Ignoranz gegenüber Unternehmern, vor allem wenn sie linke Kapitalisten sind, oder Angst, die anderen Parteien könnten dies als unzulässige Verquickung von hehren politischen und profanen wirtschaftlichen Zielen diffamieren? Die internationale Abteilung des Vorstandes hat unser Anliegen verstanden. Eine weitere Frage in diesem Zusammenhang – es gibt Staaten auf dieser Welt, in denen Parteien an der Macht sind, zu denen die SED und vielleicht auch noch die PDS gute Beziehungen hatte. Früher waren es Bruderparteien, heute hat man eher den Eindruck, die Beziehungen sind unterkühlt bis zu peinlich. Ich denke da an Kuba, Vietnam, Laos, Kambodscha, Nordkorea, die Mongolei, Angola, Moçambique, aber auch an China. Diese Länder stehen uns als OWUS-Mitglieder doch politisch näher als so manches Mitgliedsland der Europäischen Union, aber eine aktive Unterstützung der Entwicklung von Wirtschaftsbeziehungen zwischen linken Unternehmen in Deutschland und diesen Ländern ist nicht spürbar. Dieses Feld überlässt man der Friedrich-Ebert-Stiftung oder sogar der Hanns-Seidel-Stiftung der CSU. Die bayerische Staatsregierung betreibt Exportförderung nach Kuba, der rot-rote Senat ließ keinen übermäßigen Eifer beim Zustandekommen der Wirtschaftsbeziehungen zu Venezuela erkennen.

Verbinden wir beide Schwerpunkte – das Artikulieren unserer politischen Meinung gegenüber der Öffentlichkeit und die internationale, insbesondere die europäische Komponente. Im Jahr der Europawahl ist dies im ersten Halbjahr der absolute Schwerpunkt der wirtschaftspolitischen Arbeit von OWUS. Im Rundbrief wurde bereits darüber informiert - auf Vorschlag unseres Dachverbandsvorstandes findet am 02. und 03. Mai in Berlin eine internationale Konferenz mit dem Arbeitstitel „Europäische KMU-Konferenz“ statt. Getragen wird diese Konferenz von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und OWUS, sie ist damit auch die unsere erste gemeinsame Veranstaltung.

Mit der „Europäischen KMU-Konferenz“ sollen europäische Akzente zur Zukunft der Kleinst- und Kleinunternehmen aus der Sicht einer linken Wirtschaftspolitik gesetzt werden. Immerhin gehören über 90% der Unternehmen in der EU zu dieser Größenklasse. Durch die unkontrollierte Akkumulation des Großkapitals werden sie und ihre Beschäftigten systematisch vom Markt verdrängt. Sie gelangen durch Aufkauf und Knebelverträge in immer größere Abhängigkeiten. Die regionale Bindung der Kleinst- und Kleinunternehmen, ihre gesellschaftliche Bedeutung und soziale Verantwortung bleiben in beiden Fällen auf der Strecke.

Im Europawahljahr 2009 sollen sich Unternehmer und Unternehmerinnen aus europäischen Staaten mit Wirtschaftswissenschaftlern und Politikern treffen, um über die Interessen der KMU und ihre Umsetzung zu diskutieren, Erfahrungen auszutauschen, alternative Wirtschaftsformen vorzustellen sowie länderübergreifende Netzwerke zu schaffen und neue Geschäftsbeziehungen anzubahnen. Mit Blick auf die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise soll eine Analyse der nationalen und europäischen struktur- und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, die der Förderung und Verankerung der KMU dienen, vorgenommen werden. Dazu gehören insbesondere die Wirtschafts- und Steuergesetzgebung, die Inhalte der verschiedenen Konjunkturprogramme sowie deren Wirksamkeit und der von der Europäischen Kommission verabschiedete „Small Business Act“. Diskutiert werden alternative struktur- und ordnungspolitische Rahmenbedingungen für einen fairen und sozialen Wettbewerb. Der Entwurf des inhaltlichen Konzeptes liegt Euch vor und kann nachher diskutiert werden. Der Vorstand wird am 12. März dieses Konzept beraten und dann dem Dachvorstand vorlegen. Wir erwarten von Euch eine aktive Teilnahme an der Vorbereitung, aber auch an der unmittelbaren Durchführung der Konferenz. Auch hier sind Eure Ideen und Erfahrungen unmittelbar gefragt.

Was haben wir noch alles in den letzten 15 Monaten erreicht und was nicht? Ebenfalls beschäftigte sich der Vorstand intensiv mit der weiteren Qualifizierung der Unternehmertreffs in Berlin und in Potsdam. Denn in Berlin ist die Teilnahme an den monatlichen Treffs sehr zurückgegangen. Wir möchten mit den Treffs in Zukunft noch besser die Zusammenarbeit zwischen uns als Unternehmerinnen und Unternehmer fördern und unsere Unternehmen besser kennen lernen. Die andere, fachliche Komponente wollen wir noch intensiver in die Unternehmertreffs hineinbringen sowie mit linken Politikern, wie bereits in der Vergangenheit praktiziert, stärker in die Diskussion kommen. Positiv gestaltete sich im vergangenen Jahr der Unternehmertreff mit der verkehrspolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg, Anita Tack. Im Ergebnis des Treffens entstanden Forderungen an den Minister für Infrastruktur und Raumordnung im Land Brandenburg zur Entwicklung der Verkehrspolitik im Lande, die insbesondere auf verbesserte Rahmenbedingungen für kleine und Kleinstunternehmen hinzielten. Zu Gast war in Berlin der wirtschaftspolitische Sprecher der LINKEN aus dem Abgeordnetenhaus, Stefan Liebich. Die Frage steht, warum kommen trotzdem sehr

wenige OWUS-Mitglieder zu diesen Veranstaltungen? Eine Frage deshalb an das Forum: Was können wir noch besser organisieren, vorbereiten? Für die Vorbereitung und Durchführung danken wir Bellmann in Potsdam sowie Jürgen Heinrich in Berlin. Es gibt Überlegungen, die Unternehmertreffs auch durch betriebswirtschaftlich initiierte Themen zu ergänzen, das Wort „Weiterbildung“ wäre dabei sicherlich zu hoch gegriffen. Dazu bräuchten wir Eure Meinung. Gibt es Bedarf nach solchen Themen zur Unternehmensführung und wenn ja, welche könnten dies sein. Das Unternehmensportal in Lichtenberg macht regelmäßig Internet-Umfragen unter seinen Mitgliedern und stellt dann mehrere Themen zur Auswahl. Von über 100 Mitgliedern haben sich jetzt 56% für das Thema „Zusätzliche Investitionen in den Bezirken – wie können ortsansässige Unternehmen an der Auftragsvergabe partizipieren?“ entschieden. Gefolgt von solchen Themen wie die „Einführung der elektronischen Signatur“ oder „Weiterbildungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer in Kleinbetrieben“.

Ein seit Gründung von OWUS die Diskussion beherrschendes Thema ist der Ausbau der wirtschaftlichen Kontakte untereinander. Ich möchte dabei gar nicht bestimmte Reizworte erwähnen, die langjährigen Mitgliedern noch im Ohr sind. Fakt ist, man kann diese Wirtschaftskontakte nicht erzwingen. Jeder von uns entscheidet nun mal autonom, bei wem er was kauft. Da spielen Einkaufstraditionen eine Rolle, vielleicht auch ein bisschen Bequemlichkeit, evtl. aber auch knallharte Preisvergleiche. Der Vorstand kann deshalb immer wieder nur appellieren, vergesst Euren Nachbarn von OWUS nicht.

Durch Halbeuropa haben uns unsere Unternehmerfahrten geführt, der Weg nach Thüringen voriges Jahr war dann doch einigen zu kurz. In diesem Jahr soll es deshalb wieder in das benachbarte Ausland gehen, die Flyer für Amsterdam liegen aus.

Wir haben uns im Vorstand auch mit der Stärkung unserer Mitgliederzahlen befasst, sie stagnieren seit 2005 nach wie vor um die 118. Damit hat auch unser Finanzrahmen sich nicht sonderlich erweitert. Deshalb hatten wir uns Ende des vorigen Jahres an Euch gewandt hinsichtlich einer Aktualisierung der Beitragseinstufung. Über das Ergebnis wird uns nachher unser Schatzmeister Andrej Philipp berichten.

Liebe Mitglieder von OWUS, werte Gäste

Der Vorstand hat versucht, mit seinem Bericht die Entwicklung von OWUS in den letzten Monaten darzustellen und Euch auf die Schwerpunkte unserer Arbeit in den nächsten Monaten einzustimmen. Wir haben keinen formalen Beschlussentwurf vorgelegt. Der Vorstand wird nach der Konferenz die Ergebnisse zusammenfassen und seinen Arbeitsplan entsprechend präzisieren. Die Schwerpunkte der nächsten Monate kann man sicherlich in zwei Punkten zusammenfassen

- Unsere Unternehmen müssen zusammen mit ihren Mitarbeitern die Krise überleben. und
- wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass nach dem Wahljahr 2009 personell und inhaltlich gestärkte Linksfraktionen in den Parlamenten sitzen, sowohl in Strasbourg als auch im Reichstag, in Potsdam, Dresden und Erfurt und vor allem auch im Saarland. Ein Höhepunkt wird dabei die KMU-Konferenz Anfang Mai sein.

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit und bitte um eine rege Diskussion.